

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu...)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Expedition, m. b. H., Kurfürst 1825/26, S. 11.

Weltinflation? Lies, was die neue "Rote Post" darüber schreibt. 20 Seiten / 50 Bilder / 15 Pf.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einchl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Anst. Postbezug auschl. Wochen- gelb 2,60 M.; Streifband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Zeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familien- steine: 20 Pf. Textwort 20 Pf. Ueberdrucken 30 Pf. ...

KPD. fordert Einberufung des Reichstags / Siehe im Blatt

Auf dem Schleichweg zur Hitler-Koalition

Das Kulissenpiel der Generale — „Kölnische Zeitung“ fordert „nationale Konzentration“ — Hindenburg soll Nazis bernfen

Der Rücktritt des Generals Groener hat die Schleier von jenen Mächten gerissen, die in Wahrheit die Politik des kapitalistischen Deutschland in entscheidender Weise beeinflussen. Die herrschende Klasse, deren Regiment sich nur noch durch des ganzen Aufgebots der Militärs nicht halten kann, muß den Führern der Reichswehr auch einen überragenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen einräumen.

Trotz aller Dementis ist es eine Tatsache, die nachstehend durch neue Enthüllungen bestätigt wird, daß die Generalität Groener zum Rücktritt zwang. Am Mittwoch fand im Reichswehr-Ministerium unter Vorsitz des Reichswehrchefs v. Hammerstein eine Geheimberatung aller in Berlin anwesenden Stabsführer und Generale statt. Mit der Begründung, daß Groener durch das SA-Verbot sich zu sehr politisch exponiert habe, um noch Minister der „unpolitischen“ Reichswehr zu sein, forderte die Generalität Groeners Rücktritt als Wehrminister. Hammerstein machte in einer Unterredung Groener von dieser Forderung Mitteilung, während Schleicher dem Reichspräsidenten Hindenburg in diesem Sinne verständigte. Daraufhin beschloßen Hindenburg und Brüning in einer Konferenz Groeners Rücktritt.

So hat Brüning, der Vertrauenskanzler der SPD, zusammen mit Hindenburg, dem Wahlpräsidenten der SPD, die Nazigenerale zufriedengestellt, denen Groener nicht entschieden genug für die Hitlerpartei eintrat.

Welche Regierungspläne die Bourgeoisie verfolgt, plaudert die „Kölnische Zeitung“, ein führendes industrielles Organ, offen aus. Sie knüpft daran an, „daß die Außenpolitik des Reichskanzlers Brüning von einer nationalen Einheitsfront getragen wird“ und fragt:

„Man sollte eine gründliche Umbildung des Reichskabinetts

in eine nationale Konzentrationsregierung vorbereiten. Wir appellieren nochmals an den Reichspräsidenten, der zur Zeit als einziger imstande ist, zur Bildung der Einheitsfront aufzurufen. Er möge die Nationalsozialistische Partei öffentlich zum Eintritt in das Kabinett auffordern. Die Partei kann sich einer solchen Berufung nicht entziehen.“

Angeichts dieser von dem volksparteilichen Blatt bekanntgemachten Plänen zur Herbeiführung einer Nazikoalition muß das Verbrechen der sozialdemokratischen Führer tausendfach angeprangert werden. Sie stimmen für Brüning, der die gemeinsame Regierung mit den Nazis vorbereitet. Sie heken gegen die proletarische Einheitsfront im „Vorwärts“.

Wobon werden die sozialdemokratischen Klassen-genossen sich stärker beeinflussen lassen: von der Ver- hekung ihrer Führer oder von der proletarischen Not, die sie mit uns gemeinsam leiden und die von ihnen die Schließung der roten Einheitsfront verlangt? Was in den Vorworten rund um Berlin begonnen wurde, muß auch in Berlin, muß im ganzen Reich geschaffen werden: Gegen die Einheitsfront der Bourgeoisie die rote Einheitsfront!

Diskutiert in den Betrieben und in den Stempel- stellen! Vereint euch in antifaschistischen Schutzabteilungen! Bereitet den politischen Massenstreik vor! Wenn die Proletarier Deutsch- lands, die kommunistischen und die sozialdemokratischen, zusammen handeln, bricht die letzte Stunde des Faschismus an!

Nach Groeners Sturz

Der Hintergrund der Regierungskrise und die Auf- gabe der roten Einheitsfront

Die Aktion der Generale, die den Rücktritt des Reichswehrministers General Groener erzwang, fand zur sel- ben Stunde die Zustimmung des Reichskanzlers Brüning, als die Mitglieder der sozialdemo- kratischen Reichstagsfraktion wieder einmal die Hand zur Vertrauensabstimmung für das Kabi- netts Brüning erhoben hatten.

Ein neuer Schritt zur Koalition mit den Nazis über die Brücke der Generalsdiktatur ist getan. Nachfolger Groeners im Reichswehrministerium bleibt vorläufig der Admiral Raeder. In der Politik der deutschen Kapitalistenklasse tritt jetzt die Reichswehr stärker in den Vordergrund. Die schwarzweitere Kriegsschlange des Admirals trägt schon als Götz ein Hakenkreuz. Durch eine Reihe von Schiebungen und Klugentwürfen hinter den politischen Kulissen, durch verschiedene Teilreisen der Re- gierung Brüning geht der Weg zur Verschärfung ihres faschistischen Kurzes.

Diese Entwicklung wird nach außen hin mehr oder weniger getarnt. Die Sozialdemokratie kann den sozialdemokratischen Arbeitern noch die Brüningdiktatur als „kleineres Übel“ ein- reden, während schon die Hindenburg-Brüning auf dem Schleich- wege der offenen Koalition mit der Hitlerpartei entgegenziehen. Dieser Schleichweg hat sich jetzt als ein Schleicher-Weg entpuppt. General Schleicher, einer der härtesten Befürworter der Annäherung an die Nazis, steht in engsten freundschaftlichen Be- ziehungen zum Hause Hindenburg.

Ein linksbürgerliches Blatt nennt die Ereignisse der letzten Tage vor Groeners Rücktritt als Reichswehrminister: „Auf- stand der Generale“. Das Zentralorgan der NSDAP, der „Kölnische Beobachter“ konnte bereits am Donnerstagmorgen die riesige Schlagzeile bringen: „Reichswehrminister Groener vor dem Sturz“. Das zeigt das Zusammenwirken der Kräfte. Von Schleicher über die Kitzos von Brüning bis zur Hitler- partei gingen die Fäden, in denen sich Groener verding.

Natürlich gibt es keine grundsätzlichen Differen- zen zwischen Groener und der Schleicher-Clique. Selbst keinen tiefgehenden Gegensatz in der Frage der Heran- ziehung der Nazis. Was zum „Aufstand der Generale“ führte, waren Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Tempos der Heranziehung der faschistischen Massenpartei zur Regierung. Meinungsverschiedenheiten über das Verbot der SA und des Reichsbanners, vielleicht auch über die Kostenverteilung in einer künftigen gemeinsamen Regierung mit den Nazis. Was sich hinter den Regierungskulissen abspielt, ist zwar ein Kampf ver- schiedener Gruppierungen innerhalb der faschistischen Reak- tion, aber dennoch von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des faschistischen Angriffes der deutschen Kapitalis- tiktatur gegen die ausgebeuteten Massen.

Es sind erst wenige Wochen ins Land gegangen, seit die Führer der „Eisernen Front“ die sozialdemokratischen Arbeiter zur Wahl Hindenburgs riefen. Als wir Kommunisten — gewiß nicht als leere Agitationsphrase, sondern auf Grund un- serer marxistischen Enthüllung der wirklichen Klassenverhältnisse — damals den sozialdemokratischen Arbeitern sagten: „Wer Hin- denburg wählt, hilft Hitler!“, glaubte die Masse der sozialdemo- kratischen Arbeiter unseren Worten nicht. Sie wählte Hindenburg. Aber die Tatsachen der geschichtlichen Entwicklung geben ihr jetzt die Lehre: Aus Hindenburgs Händen erhalten die Generale die Erfüllung ihrer Wünsche. Mit Hindenburgs Unterschrift wird jeder Schritt zur Heranziehung der Nazis zur Regierung gezeichnet sein. Die Tatsachen dieser Ent- wicklung bestätigen die Richtigkeit unserer klaren proletarischen Klassenpolitik bei den Präsidentenwahlen. Sie zeigen vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse, welche große geschichtliche Schuld für die Wegbereitung des Faschismus die sozialdemokratischen Führer durch ihre Hindenburg-Politik auf sich geladen haben.

Die rasche Vertagung des Reichstages durch den sozialdemo- kratischen Reichstagspräsidenten Lohbe war eine politische Schiedung

Unterstützung abgelehnt — Pulsader durchschnitten

Erwerbslose, kämpfen gemeinsam gegen die barbarischen Zustände!

Täglich jagen alarmierende Meldungen einander, die das ungeheure Elend der Erwerbslosen düsterlich beleuchten. Auf dem Wohlfahrtsamt Friedrichshain schnitt sich der Wohlfahrts- empfangen Karl Schwarz, dem eine Sonderunterstützung abge- schlagen worden war, die Pulsader ab. Das ist schon der zweite verweirte Selbstmordversuch auf Berliner Wohlfahrts- ämtern innerhalb von fünf Tagen. Hunger, nicht mehr ausstehbar, ist die barbarische Ursache!

Der Wohlfahrtsempfänger Schwarz, seit drei Jahren er- werbslos, erhält eine wöchentliche Unterstützung von 8,10 Mark, 5 Mark beträgt seine Miete. Was bleibt zum Leben? Seine Quartierfrau berichtet:

„Er hat noch nie, solange ich ihn kenne, ein warmes Mittag- brot gegessen. Ein abgetragener Anzug ist alles, was er besitzt. Vom Hunger getrieben, ging er zum Wohlfahrtsamt, um, wie er sagte, über Pflichten nicht aus Mangel an Nahrungsmitteln unzu- kommen.“

Aber das Wohlfahrtsamt gab ihm Formulare und Pa- piere statt Unterstützung. Von Zimmer zu Zimmer wurde er geschickt und abgeprüft: mit Formularen!

Karl Schwarz, voller Angst und Verzweiflung über die be- vorstehenden Hungertage, drohte: „Ich schneide mir die Pulsader ab, wenn ich nichts bekomme!“ Aber der Dezernent erwiderte nur: „Damit können Sie mir keine Bange machen.“ Im selben Augenblick schloß Schwarz sein Taschmesser zweimal tief in das linke Handgelenk. Ein Blutstrahl spritzte hoch, dem Dezernenten entgegen.

Größte Empörung herrschte unter den Erwerbslosen. Sie trauerten draußen, sie wollten das Zimmer des Dezernenten küssen.

Und das Wohlfahrtsamt? Es setzte nur Hohn gegen diese Hungertragödie. Nachdem Schwarz verbunden und aus dem Krankenhaus entlassen war, ging er zurück zum Wohlfahrtsamt.

Denn das Deffnen der Pulsader stillt den Hunger nicht. Unerhört aber ist, was jetzt geschah: das Wohlfahrtsamt rief die Polizei herbei und ließ Schwarz in Haft nehmen, um ihn durch einen Kreisarzt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen!

Wohlfahrtsempfänger, Erwerbslose! So zeigt jeder Tag, wie Hunger, Elend und Schitanen wachsen, wie sie einzelne aus- euren Reihen zu Verzweiflungsausbrüchen treiben. Aber nicht Verzweiflungsausbrüche bringen euch Brot.

Kämpft geschlossen unter Führung eurer Erwerbslosen- anschlüsse gegen alle Unterdrückung, kämpft in roter Einheits- front für eure Forderungen, die von unserer kommunistischen Landtags- und Reichstagsfraktion für euch erhoben wurden: Keine Ermäßigung mehr, Rückgängigmachung jedes bisherigen Abbaus, warmes Essen und Arbeit im Sinne des kommunistischen Arbeits- beschaffungsprogramms.

Streitappell der Bauarbeiter

In der gestrigen Konferenz des Kampfausschusses der Ber- liner Bauarbeiter waren die Bundeslegierten und Funktionäre der größten Berliner Baustellen vertreten. Auch von allen Bau- arbeiterorganisationen waren Kollegen anwesend. Einmütig wurde ein Appell an die Berliner Bauarbeiterchaft beschlossen, wonach am Mittwoch auf allen Baustellen der Lohnabbau ein- mütig mit Streik beantwortet werden soll.

Des weiteren wurde beschlossen, an die Mitglieder und Funk- tionäre des Industrieverbandes mit der Aufforderung heranzutreten, die revolutionäre Einheit durch gemeinsame Streik- organisierung herzustellen.

Den Appell werden wir in unserer morgigen Nummer ab- drucken.

0,48
0,65
0,65
0,85
0,98
0,98
1,28
1,10
0,98
0,88
0,55
0,82
0,27
0,74
0,98
0,36
0,10
0,18
0,25
0,30
0,20
0,45
0,25
0,71
0,22
0,26
1,45
0,58
1,30
0,95
0,40
0,38
0,66
0,38
0,44
0,38
0,58
1,90